

# Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Mitterndorf a.d. Fische am 15.10.2019 im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes.

Beschlussfähigkeit: 19.04 Uhr

Vorsitz: Bgm. Thomas Jechne

Anwesend:  
Vizebgm. Gerhard Friedrichkeit  
GGR Gisela Sollak  
GGR Roland Hrdlicka  
GR Wolfgang Trausinger  
GR Markus Schwaigler  
GR Franz Lahner  
GR Antonia Hammer  
UGR Martin Ribnicsek  
GR Mag. Brigitte Ehrenberger  
GR Andrea Saco  
GR Ralph Miszner  
GR Nadine Tomsich  
GR Elisabeth Taus  
GR Karin Vystoupil  
GR Roman Mühl  
GR Taus Johann

Entschuldigt abwesend:  
GGR Johann Röhler  
GGR Arnold Krizsanits  
GGR MMag. Daniel Soudek, MBA MSc  
GGR Daniela Hofmeister

Unentschuldigt abwesend: - x -

Gast: - x -

Die Sitzung war beschlussfähig.  
Die Sitzung war öffentlich.

## Tagesordnung laut Einladungskurrende:

1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift der letzten GR-Sitzung
2. Bereinigung Grundstücksgrenze – Gst. Nr. 18/2, .16/1, 17/1
3. Neuüberarbeitung Betriebskonzept Kultursaal – Beschlussfassung
4. Auftragsvergabe Notstromeinspeisung Gemeindeamt, Ordination, Kultursaal
5. Annahme eines Kaufanbotes - GVA-Baden
6. Vereinbarung – Allgemeine Geschäftsbedingungen Kommunalkredit AG
7. Allfälliges

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jechne, begrüßt die erschienenen Mitglieder des Gemeinderates, stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und eröffnet um 19:04 Uhr die Sitzung des Gemeinderates. Die Verlesung des Sitzungsprotokolls der letzten Sitzung des Gemeinderates wird nicht verlangt.

Als Schriftführer wird Frau Mag. Ehrenberger bestimmt.

Der Vorsitzende teilt zu Beginn der Sitzung mit, dass ein Beschlussprotokoll geführt wird.

Vor Bearbeitung der Tagesordnungspunkte werden zwei Dringlichkeitsanträge von BGM Jechne eingebracht.

## **1. Dringlichkeitsantrag „Resolutionsantrag gegen Breitspurbahn“:**

### **Sachverhalt:**

#### **„NEIN zur Verlängerung der Breitspurbahn in den Raum Wien sowie der Errichtung eines Terminals in unserer Region“**

Die bestehenden Eisenbahnverbindungen zwischen Asien und Europa besitzen unterschiedliche Spurenweiten (Abstände zwischen den Schienen), welches die Notwendigkeit von Umspurungen bzw. das Verladen von Gütern bedingt. Um eine effizientere Verbindung zwischen Europa und Asien zu schaffen (Stichwort „neue chinesische Seidenstraße“), bestehen von mehreren Staaten die Bestrebungen, die Landbrücke interkontinental auszubauen.

Seitens der ÖBB Infrastruktur AG wird vorgeschlagen, die Eisenbahnstrecke „Wien (Zentralverschiebebahnhof mit Terminal 1.435-/1520-mm-Spurnetz) bis zur Staatsgrenze Kittsee“ im Wege einer Verordnung der Bundesregierung zur Eisenbahn-Hochleistungsstrecke zu erklären. Zur Begründung des Vorschlages für eine Netzveränderung sowie der Darstellung der Auswirkungen hat die ÖBB Infrastruktur AG einen Umweltbericht erstellt, der von der Öffentlichkeit eingesehen und kommentiert werden kann.

In diesem wird die Verlängerung des 1.520-mm-Spurnetzes (Breitspurbahn) nördlich von Bratislava in den Raum nördlich von Wien und die Errichtung eines entsprechenden Terminals geprüft. Der geplante Umladeterminale (dieser beinhaltet Rangierbereiche für die Züge sowie den Containerumschlag) wird ca. 150 Hektar groß sein und bis zu 5.400 Container pro Tag sollen hier bis 2050 umgeschlagen werden. Erfahrungsgemäß wird auch ein Logistikzentrum (liegt in der Kompetenz der Bundesländer bzw. Gemeinden) mit weiteren 150 ha um den Terminal entstehen.

Im Umweltbericht werden fünf mögliche Standorte für den genannten Terminal untersucht. Die Standortalternativen 1 bis 3 fallen auf Bereiche um die Gemeinden Mitterndorf, Reisenberg, Unterwaltersdorf (KG Ebreichsdorf), Gramatneusiedl, Moosbrunn, Ebergassing, Götzendorf, Schwadorf und Trautmannsdorf an der Leitha.

### **Risiken für unsere Region:**

- Rund 300 Hektar (entspricht 430 Fußballfelder) wertvolles Ackerland würde dem geplanten Projekt zum Opfer fallen
- Der Trassenverlauf zum Terminal ist noch nicht bekannt
- Täglich würden bis zu 5.400 Container umgeschlagen und ca. 40 Prozent auf LKWs verladen werden
- Erhebliche Verkehrs-, Lärm- und Schadstoffbelastung wären die Folge

**Der Gemeinderat der Gemeinde Mitterndorf an der Fischa spricht sich daher klar gegen dieses Projekt und für den Erhalt der Lebensqualität in unserer Region aus.**

**Antrag:** Der Dringlichkeitsantrag möge in die Tagesordnung aufgenommen werden.

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Anschließend wird über den Antrag inhaltlich beraten.

**Antrag:** Der Vorsitzende stellt den Antrag den Resolutionsantrag zu beschließen

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

## **2. Dringlichkeitsantrag Straßenbau und Asphaltierungsarbeiten Mitterndorfer-Straße**

### **Sachverhalt:**

Für den Straßenbau und Asphaltierungsarbeiten im Bereich der Mitterndorfer-Straße 34-36 (Seitenstraße bei der Ortseinfahrt Neu-Mitterndorf) wurde ein Angebot von der Fa. Held&Francke Baugesellschaft m. b. H. eingeholt. Die Arbeiten werden im Zuge der Gehsteigerrichtung in der Gramatneusiedler-Straße umgesetzt, bei welcher ebenfalls die genannte Firma beauftragt wurde. Die Angebotssumme beläuft sich auf 22.227,08 Euro (Netto) und wurde von der Fa. IUP (DI Klaus Hamader) überprüft.

**Antrag:** Der Dringlichkeitsantrag möge in die Tagesordnung aufgenommen werden.

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig.

Anschließend wird über den Antrag inhaltlich beraten.

**Antrag:** Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Auftragsvergabe an die Fa. Held&Francke zuzustimmen.

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig.

Vor Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes präsentiert Herr Wittmann die Ergebnisse der „Photovoltaik- Wirtschaftlichkeitsanalyse“.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht und geht zur Tagesordnung über.

**Pkt. 1.) Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift der letzten GR-Sitzung vom 17.09.2019**

**Sachverhalt:**

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen das Sitzungsprotokoll der letzten GR-Sitzung keine schriftlichen Einwände erhoben wurden. Das Sitzungsprotokoll gilt daher als genehmigt.

**Pkt. 2.) Bereinigung Grundstücksgrenze (Volksschule/Familie Patzl) – Gst. Nr. 18/2, .16/1, 17/1**

**Sachverhalt:**

Im Zuge der Umwandlung der Liegenschaft von Familie Patzl (Grundstücks Nr. .16/1, 17/1) in den Grenzkataster wurde bei der Grenzvermessung seitens des zuständigen Vermessungsbüros Vermessung ZT GmbH (Dipl.-Ing. Karl Pazourek) festgestellt, dass der Grenzverlauf nicht mit dem tatsächlichen Bestand übereinstimmt. Gemäß dem Teilungsplan GZ 3016A/19 sollen die Trennstücke 1, 2 und 3 im Gesamtausmaß von 13 m<sup>2</sup> von der Liegenschaft Patzl abgeschrieben und dem Grundstück 18/2 der Gemeinde Mitterndorf zugeschrieben werden. Die Gemeinde Mitterndorf zahlt für die 13m<sup>2</sup> € 1.990,00.

**Antrag:** Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Bereinigung der Grundstücksgrenze zuzustimmen.

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig (GR Ribnicsek abwesend).

**Pkt. 3.) Neuüberarbeitung Betriebskonzept Kultursaal - Beschlussfassung**

Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**Pkt. 4.) Auftragsvergabe Notstromeinspeisung Gemeindeamt, Ordination, Kultursaal**

**Sachverhalt:**

Der Schutz des Menschen ist vorrangiges Ziel des Zivilschutzes. Mit dem Zivilschutz möchte der Staat seinen Bürgern helfen, Katastrophen und Notsituationen bestmöglich zu bewältigen. Die Angelegenheiten des Zivilschutzes sind in Österreich nicht auf eine Gebietskörperschaft beschränkt. Sowohl Bund, Land als auch Gemeinde haben Maßnahmen zur Katastrophenabwehr zu treffen. Im Zuge der Anschaffung des

gemeindeeigenen Notstromaggregats für etwaige Katastrophen (z.B. Blackout, etc.) soll nun die Möglichkeit der Nutzung der Anlage geschaffen werden. Dies soll mittels einer Notstromspeisung für die Bereiche Gemeindeamt, Ordination und Kultursaal gewährleistet werden. Es wurde ein Angebot von der Firma **Medwed&Troll GmbH**, welche mit den Räumlichkeiten des Gemeindezentrums bestens vertraut sind, eingeholt. Der Angebotspreis gemäß dem Angebot Nr. 190175 vom 03.10.2019 beträgt **8.679,19 Euro (Brutto)**.

GR Taus bittet um Aufnahme ins Protokoll: „Ich möchte darauf hinweisen, dass das Projekt nicht ausgeschrieben wurde und nur mit der Fa. Medwed&Troll diesbezüglich verhandelt wurde.“

BGM Jechne entgegnet, dass auf Grund der Nähe, Ortskenntnisse und Feuerwehrmitgliedschaft von Herrn Troll und der damit einhergehenden ständigen Bereitschaft bei Problemen bei eventueller Notwendigkeit einer Notstromspeisung eine Auftragsvergabe an die Fa. Medwed&Troll am sinnvollsten erscheint.

**Antrag:** Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Notstromspeisung zuzustimmen.

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig (Vzbgm. Friedrichkeit abwesend).

#### **Pkt. 5.) Annahme eines Kaufanbotes – GVA Baden**

##### **Sachverhalt:**

Bereits am 05. Januar 2018 hat der GVA Baden ein Kaufangebot an die Gemeinde Mitterndorf/Fischa betreffend folgender Parzellen

- EZ 1202 GSt 283/12, (1.414 m<sup>2</sup>)
- EZ 1202 GSt 122/1 sowie (5.574 m<sup>2</sup>)

(in Summe – 6.988 m<sup>2</sup>) gelegt.

Ein Preis von € 60,00/m<sup>2</sup> wurde angeboten, unter der Voraussetzung der Widmung der Liegenschaften in „Bauland Betriebsgebiet/Sondergebiet – Bürogebäude/Wirtschaftshof“.

Im Jänner 2018 wurde das Angebot vom Gemeinderat ausgeschlagen.

Der Obmann des GVA Baden, Vizebgm. Franz Gartner, hat nun Bürgermeister Thomas Jechne gebeten, das damals gestellte Angebot erneut im Gemeinderat zu behandeln und die Bereitschaft zum Verkauf an den GVA-Baden zu prüfen.

Auf den Flächen soll ein zukünftig ein Büro-Neubau entstehen. Ein entsprechender Grundsatzbeschluss über den Verkauf an den GVA Baden soll vom Gemeinderat gefasst werden.

Ohne die notwendige Widmung (Bauland - Betriebsgebiet oder Bauland - Sondergebiet) kommt der Verkauf nicht zustande.

Ein Vorkaufsrecht beim jetzigen Bürogebäude, Schulweg 6, und ein Rückkaufsrecht bei Nichtausführung des Büro-Neubaus sollen im Zuge der Verkaufsabwicklung der beiden genannten Parzellen in den Kaufvertrag mitaufgenommen werden.

**Antrag:** Der Vorsitzende stellt den Antrag, dem Kaufanbot des GVA Baden zuzustimmen.

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig.

#### **Pkt. 6.) Vereinbarung – Allgemeinde Geschäftsbedingungen Kommunalkredit AG**

##### **Sachverhalt:**

Die Kommunalkredit AG begibt zur Refinanzierung ihrer Geschäftstätigkeit fundierte Bankschuldverschreibungen im Sinne des Gesetzes vom 07.12.1905 betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen, RGBI. Nr. 213/1905 idF BGBl. I Nr. 2017/107. Zur Sicherstellung dieser Anleihen dienen Forderungen unseres Instituts aus Krediten, Darlehen oder sonstigen Rechtsgeschäften, die entsprechend den Bestimmungen des FBSchVG zu einem Deckungsstock zusammengefasst werden.

Die Kommunalkredit AG beabsichtigt, Forderungen aus oben genanntem Kreditvertrag gegen uns in den Deckungsstock der von ihnen gegebenen Bankschuldverschreibungen aufzunehmen und ersucht um Kenntnisnahme, dass aus diesem Grund gemäß § 2 Abs. 2 FBSchVG eine Aufrechnung gegen diese Forderungen gesetzlich ausgeschlossen ist.

Durch die Widmung der angeführten Forderung für den Deckungsstock wird ansonsten nicht in die zwischen ihnen und uns bestehenden vertraglichen Vereinbarungen eingegriffen. Alle sich für die Vertragsparteien aus den uns mit ihnen abgeschlossenen Verträgen ergebenden Rechte und Verpflichtungen bleiben davon unberührt.

**Antrag:** Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Vereinbarung mit der AGB Kommunalkredit AG zuzustimmen.

**Beschluss:** Dem Antrag wird stattgegeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig.

#### **Pkt. 7.) Allfälliges**

Bgm Jechne berichtet über ein Schreiben der Landehauptfrau Mag. Mikl-Leitner bezüglich der Mitgliedschaft zum Klimabündnis und der darin angebotenen Übernahme der Hälfte der Kosten des Mitgliedsbeitrages bei Beitritt bis 31.12.2019.

GR Tomsich erkundigt sich nach dem Stand der Dinge bezüglich des „Langos-Standes“ von Herrn Imre Szukics bei der Volksschule. Dieser musste auf Grund massiver Beschwerden den Platz räumen.

BGM Jechne ist der letzte Stand bezüglich eines neuen Platzes nicht bekannt, schließt aber den möglichen Platz bei der alten Feuerwehr aus und berichtet, dass der Mietvertrag zwischen der Gemeinde und Herrn Szukics aufgelöst wird.

GR Vystoupil regt an, dass ein Konzept für die Vermietung des neuen Turnsaales von Nöten wäre.

GR Sollak bringt zur Kenntnis, dass die Geschwindigkeitsmessanzeige, die in der Gramatneusiedler-Straße bei der Ortseinfahrt angebracht ist, nun durch die Masten der neuen öffentlichen Beleuchtung verdeckt ist und diese versetzt werden sollte.

GR Lahner bittet, die Unterschriftenliste gegen die im Dringlichkeitsantrag 1 dieser Sitzung behandelten Breitspurbahn mehr zu forcieren, damit viele Bürger unterschreiben.

GR Lahner möchte wissen, ob die aufgestellte Fahrverbotstafel bei der Einfahrt zum Industriegelände behördlich genehmigt ist.

BGM Jechne gibt an, dass das Fahrverbot zurzeit seitens der BH Baden geprüft wird.


Da nichts Weiteres mehr vorgebracht wird, dankt der Vorsitzende für das Erscheinen und schließt um 20:12 Uhr die Sitzung des Gemeinderates.

Schriftführer:



Für die VP:

Vorsitzender:



Für die SPÖ:

Für die FPÖ:

Für die PRO